

## Was heißt «Kampf gegen den Rassismus»?

Teil 1

In Berlin hat am 3. und 4. Juni 2000 eine Konferenz von vierzehn sich als «links» oder «linksliberal» verstehenden Regierungschefs zum Thema «Modernes Regieren im 21. Jahrhundert» stattgefunden. Es war bereits die dritte Veranstaltung in einer Reihe, deren Fortsetzung und Ausweitung geplant ist. Sie wollte eine Aufbruchstimmung und einen lebendigen Diskussionsprozess an den Spitzen der internationalen Politik sei es initiieren, sei es auch bloß suggerieren.<sup>1</sup> Die Abschlussklärung kreiste hauptsächlich um das Thema der sogenannten «Globalisierung». Unter den Absichtsbekundungen zum Schluss der Konferenz fällt ein Thema besonders auf, das eigentlich zum Sonstigen nicht so ganz zu passen scheint: auch diese Regierungs- und Parteiführer wollen sich darauf verpflichten, den Kampf gegen «Rassismus und Antisemitismus» verstärkt zu führen. Diese Art Thema gehört seit einigen Jahren in immer zunehmendem Maße zu den immer wiederkehrenden Topoi internationaler Konferenzen, Kommunikés und Verlautbarungen. Man muss sich mehr und mehr fragen, was eigentlich damit gemeint ist.

Selbstverständlich kann man aufgrund irgendwelcher Statistiken zum Schluss kommen, dass Straftaten mit rassistischem Hintergrund im Zunehmen begriffen sind oder dass sie einen konstant hohen Stand aufweisen. Man kann es wichtig finden, diese Straftaten als solche zu bekämpfen, und das kann umso mehr der Fall sein, wenn sie in Teilen der Bevölkerung oder sogar der Polizeiorgane als «Kavaliersdelikte» angesehen oder vielleicht gar nicht recht wahrgenommen werden. Es kann auch gerechtfertigt sein, verleumderische und hetzerische Aufrufe gegen einzelne rassistisch oder national gefasste Gruppen unter Strafe zu stellen, auch wenn hier sehr vorsichtige Maßstäbe gelten sollten. Das sind die genuin staatlichen, rechtlichen Aufgaben in diesem Belang, die aber keiner besonderen Erwähnung bei dieser Konferenz bedurft hätten. – Jeder einzelne kann außerdem in den «Geisteskampf» eintreten, kann in Wort und Schrift andere, bessere Gedanken zu Fragen von Zusammengehörigkeit oder Bestimmung des Menschen äußern oder anders verlautbaren. Aber das wiederum geht ja Staat und Regierungen nichts an oder sollte es zumindest nicht.

Aber wie könnte darüber hinaus ein «Kampf gegen Rassismus» aussehen, den Regierungen führen wollen? Das einzige, was man sich darunter vorstellen kann, ist ein massiver Eingriff staatlicher oder ähnlicher, «kooptierter», Organisationen ins kulturelle Leben mit Hilfe «pädagogischer» Programme oder ähnlichem. Bedeutsam dabei ist, dass diese Organisationen selbst nicht daran glauben – das betonen sie immer wieder –, dass sie etwa die (vorgeblich) «rassistischen» Jugendlichen mit Argumenten oder Aufklärung erreichen könnten, und d.h.: sie werden es gar nicht erst versuchen. Und sie haben sogar recht dabei: mit den Denkformen eines von staatlich-wirtschaftlichen Interessen geleiteten und dementsprechend selbst verkümmerten Geisteslebens – der Staatsschulen und Universitäten und der Medienkonzerne und großen Stiftungen – wird man allerdings an den Freiheitskern des Menschen niemals herankommen können. Man kann ihn höchstens verschütten oder sogar zubetonieren. Was also bleibt, sind

pädagogische Suggestivprogramme, die unter dem Slogan der «Aufklärung» oder der «demokratischen Erziehung» Anstrengungen unternehmen werden, die letzten Reste von eigenständigem Denken zu zerstören und – mit «Zuckerbrot und Peitsche» – einen allgemeinen Konformismus herbeizuführen. Sie werden außerdem von Zensurmaßnahmen ergänzt werden. Dazu werden in zunehmendem Maße öffentliche Gelder bereitgestellt. Das Abkommen, das die Entschädigung für die Zwangsarbeiter im Deutschland des Zweiten Weltkriegs regeln soll, bestimmte eine Zahlungssumme von zehn Milliarden DM. Davon soll der Großteil einzelnen Geschädigten (d.h. ehemaligen Zwangsarbeitern) zugute kommen, ein sehr beträchtlicher Anteil ist aber auch für anderweitige Bestimmungen gedacht. Mehrere hundert Millionen Mark sollen in einen sogenannten «Zukunftsfonds» fließen. Man kann wohl vermuten, dass aus ihm die Finanzierung von Programmen wie den oben dargestellten finanziert wird und dass diese Arbeit mit diesen gewaltigen Geldmitteln zusätzlich aktiviert wird.

Es ist klar, dass die damit gefütterten Programme und Organisationen Anstrengungen unternehmen werden, ihre (dauerhafte) Lebensberechtigung unter Beweis zu stellen. Sie werden ihre Erfindungskraft darauf verwenden, «Rassismus und Antisemitismus» auch dort aufzuspüren oder «nachzuweisen», wo sie vielleicht an der Oberfläche nicht ohne weiteres sichtbar sind. Mit *jenen* gesellschaftlichen Gruppen und Organisationen, die Anteil an der herrschenden Machtstruktur haben oder suchen, werden sie letztlich Kompromisse schließen, die einen Burgfrieden herbeiführen werden. Gruppen und Organisationen *außerhalb* – und d.h. ohne Schutz – dieser herrschenden Machtstrukturen dagegen werden in zunehmendem Maße vogelfrei werden. Alle von den herrschenden Machtstrukturen nicht kontrollierten, nicht *integrierten* Gruppen, d.h. alle Keime und Zweige des real bestehenden freien Geisteslebens, werden bekämpft werden. Die Hunderte von Millionen des Zukunftsfonds werden dazu dienen, das freie Geistesleben auszumerzen und den demokratischen Einheitsstaat totalitär abzuschotten. Das ist zumindest die Drohung, die über diesen Vorgängen liegt und die durch die jüngsten Vorgänge um die Anthroposophie nahegelegt wird.

Andreas Bracher, Hamburg

(Fortsetzung in der Septemhernummer)

1 Zu den Teilnehmern gehörten u.a. der amerikanische Präsident Clinton, der französische Premierminister Jospin, der deutsche Bundeskanzler Schröder, der portugiesische Premierminister Guterres, der niederländische Regierungschef Kok, aus Südamerika die Präsidenten von Brasilien (Cardoso), Argentinien (de la Rúa) und Chile (Lagos Escobar), der Präsident von Südafrika Mbeki und die neuseeländische Premierministerin Clark. Der britische Premierminister Blair, der zu den Mitinitianten gehört hatte, hatte sich wegen Kinderurlaubs entschuldigen lassen.